



Berufliche Eingliederung und Integration
von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen



Hessischer Flüchtlingsrat
Leipziger Str. 17
60487 Frankfurt
Tel.: 069-976-978-09
Fax: 069-976-978-11
www.fr-hessen.de
www.bleibin.de

Überblick zum Stand der politischen Entwicklung **„Verbesserung der Bleiberechtsregelung“**

Eine Verbesserung der Bleiberechtsregelung ist notwendig, scheitert derzeit aber an einer politischen Einigung. Wir möchten anregen, dass Einflussmöglichkeiten auf politische Gremien von verschiedenen Stellen genutzt werden, um den Bleibeberechtigten bessere Chancen auf einen dauerhaften Aufenthalt zu ermöglichen.

Anschreiben an hessische Bundestagsabgeordnete

Der hfr hat sich mit einem Brief an die hessischen Bundestagsabgeordneten mit der Forderung nach einer Fristverlängerung der Bleiberechtsregelung gewandt.

Zusammenfassung der Antwort von Herrn Rüdiger Veit für die Fraktion SPD:

- er vertritt die Position, dass die gesetzliche Altfallregelung ein Erfolg war, weil (zusammen mit der IMK-Bleiberechtsregelung) mehr als 50.000 Personen der Weg in die Aufenthaltserlaubnis ermöglicht wurde.
- Heute steht der Erfolg auf der Kippe, wenn die 23.334 Bleibeberechtigten auf Probe die Lebensunterhaltsüberprüfung Ende des Jahres nicht bestehen
- Auf die Lebensunterhaltssicherung ganz zu verzichten hält er für zu weitgehend und nicht durchsetzbar
- Aus Sicht der SPD-Fraktion ist ein sofortiges Handeln des Gesetzgebers (vor der Sommerpause) dringend geboten, um zu verhindern, dass eine große Zahl der Bleibeberechtigten in die Duldung zurückfällt
- Der Koalitionspartner CDU konnte davon bisher noch nicht überzeugt werden

Zusammenfassung der Antwort von Herrn Bernd Siebert für die CDU-Fraktion:

- er merkt an, dass die Anerkennungsquoten bei der Altfallregelung in Hessen (wie auch in anderen CDU-regierten Bundesländern) sehr hoch ist
- die augenblickliche Lage auf dem Arbeitsmarkt sei immer noch so, dass es deutlich weniger Arbeitslose gäbe als zu Beginn der Altfallregelung
- „Wir sagen ausdrücklich zu, dass wir die Lage auf dem Arbeitsmarkt im November sehr genau beobachten werden. Sollte sich dann wirklich eine dramatische Änderung der Lage ergeben, [...] sind wir bereit, über eine zeitnahe Verlängerung der Fristen im Aufenthaltsgesetz nachzudenken“
- es gäbe derzeit immer noch genug offene Stellen in Berufszweige mit niedrigen Qualifikationsanforderungen (Pflege, Einzelhandel)
- der Druck, sich engagiert um eine dauerhafte berufliche Eingliederung zu bemühen, dürfe nicht von den Geduldeten genommen werden



Berufliche Eingliederung und Integration
von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen

CDU-Linie im Einzugsbereich von „BLEIB in Mittelhessen“

Im **Landkreis Marburg-Biedenkopf** haben wir uns am 19.5. mit dem CDU-Arbeitskreis Soziales getroffen, dem auch mehrere Kreistagsabgeordnete angehören.

- der Arbeitskreis stand dem Thema sehr aufgeschlossen gegenüber
- die vielschichtigen humanitären und politischen Probleme der derzeitigen Bleiberechtsregelung sind nachvollziehbar dargestellt worden (s. Argumentationsliste)
- der Arbeitskreis wird das Problem an den Landtagsabgeordneten Wagner herantragen, vermutlich wird die Bleiberechtsregelung auch auf die Tagesordnung der Kreisfraktionssitzung gesetzt
- neben der Idee einer allgemeinen Fristverlängerung wurde die Idee entwickelt, insbesondere für die Bleibeberechtigten eine Lösung zu finden, die im Aufenthaltszeitraum „auf Probe“ bereits eine Arbeit gefunden hatte (und nun z.B. wieder verloren haben)

In den weiteren Landkreisen von „BLEIB in Mittelhessen“ haben sich bisher keine weiteren konkreten Kontakte zur CDU ergeben. Wir bleiben aber weiter dran.

Wir gehen davon aus, dass eine Veränderung der Position der Bundesebene der CDU nur über innerparteilichen Druck von der Basis zu erwarten ist. Wir gehen weiter davon aus, dass dieser Druck auch für Veränderungen nach der Bundestagswahl notwendig ist.

Rückmeldung aus dem hessischen Innenministerium und den Ausländerbehörden

Das Hessische Innenministerium wartet auf die Verwaltungsvorschriften (VVen) zum Aufenthaltsgesetz vom Bundesinnenministerium. Eine aktuelle Fassung zum derzeitigen Diskussionsstand liegt uns nicht vor, die bisherigen Entwicklungen waren durchwachsen. Vor der Sommerpause soll noch eine Verabschiedung der VVen erfolgen.

Die Einschätzungen einiger Ausländerbehörden zur Frage der Verlängerungschancen für Bleibeberechtigte sind wie immer sehr unterschiedlich – insgesamt sind sie von Verunsicherung aufgrund nicht vorliegender Erlasse oder VVen geprägt.

positive CDU-Stimmen aus NRW:

Der NRW-Innenminister Armin Laschet: hält Überprüfung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für sicher notwendig, Änderungen an der Regelung sollen „in Ruhe“ erfolgen. Im Kreis Steinfurt (NRW) gibt es eine Resolution des Kreistages ohne Gegenstimmen, der das Innenministerium dazu auffordert, sich für eine Fristverlängerung einzusetzen.

Ruprecht Polenz (CDU-MdB) äußerte sich auf einer Podiumsdiskussion in Münster: „Wenn wir Regelungen formulieren, müssen sie fair sein. Man darf niemandem etwas abverlangen, das er objektiv nicht erbringen kann.“ Er wolle sich für eine Änderung der Regelung einsetzen.

Zusammengestellt vom Hessischen Flüchtlingsrat, Mai 2009